

Tausende Lernende brechen ihre Ausbildung ab

Krise im Bildungswesen Noch nie haben so viele junge Menschen ihren Lehrvertrag vorzeitig aufgelöst. Bei den Abdichtern oder den Gipser-Trockenbauern betrifft es sogar fast die Hälfte. Das zeigen neue Daten vom Bund. Was läuft falsch?

Dominik Balmer und **Svenson Cornehlis**

Im zweiten Lehrjahr wurden die Noten von Tabea Müller (Name geändert) plötzlich schlechter, der Stoff interessierte sie kaum mehr. Die damals 20-Jährige schottete sich ab, schloss sich in ihrem Zimmer ein. Sie zwang sich jeden Morgen zur Arbeit in einer Postfiliale im Kanton Zürich. Irgendwann stand die Berufsverantwortliche des Betriebs vor ihr. Sie sagte: «Wir müssen reden.»

Das Gespräch, bei dem auch Tabea Müllers Mutter dabei war, fand im März 2021 statt. Schnell wurde klar, dass Müller ihre Lehre als Detailhandelsfachfrau bei der Post nicht beenden würde. Sie löste den Vertrag vorzeitig auf. «Das Gespräch verlief emotional. Aber danach war ich nur noch erleichtert», sagt sie heute.

Was Tabea Müller erlebt hat, das passiert jedes Jahr weit über 10'000 anderen Auszubildenden – sie lösen ihren Vertrag vorzeitig auf. Jetzt zeigen neue Daten des Bundesamts für Statistik: Noch nie zuvor waren derart viele Menschen von einer Lehrvertragsauflösung betroffen. Bei den Lehrlingen, die 2017 ihre Ausbildung begonnen haben, beträgt die Quote 22,4 Prozent – das entspricht 11'810 Lehrlingen.

Eine Lehrvertragsauflösung heisst nicht zwingend, dass die jungen Leute keine Ausbildung absolvieren. Als Auflösung gilt auch ein blosser Vertragswechsel – also zum Beispiel eine Umstufung von einer zweijährigen zu einer dreijährigen Lehre oder ein Betriebswechsel. So beginnt denn auch die überwiegende Mehrheit nach einer Auflösung wieder eine Lehre. Effektiv zum Abbruch kommt es bei 4,4 Prozent. Aber auch diese Quote ist angestiegen.

«Multikrise» bei Jungen

Bei den Lehrvertragsauflösungen ist die Streuung gross. Berufe wie Kaufmann oder Geomatikerin haben tiefe Quoten. Bei anderen Ausbildungen löst fast die Hälfte der Lernenden ihren Vertrag auf – etwa bei den Abdichtern oder den Gipser-Trockenbauern. Insgesamt zeigt sich: Handwerkliche Berufe weisen tendenziell höhere Quoten auf.

Angesichts der hohen Quoten stellt sich die Frage: Hat die Schweiz ein Problem im Bildungswesen?

Marco Mettler ist als Vizedirektor von Pro Juventute Schweiz zuständig für Bildungsprogramme. Die hohen Zahlen erstaunen den Fachmann nicht. «Wir haben seit 2020 viel mehr Beratungsstunden von Jugendlichen», sagt er. «Und immer öfter geht es um das Thema Angst.» Mettler spricht von einer «Multikrise» bei jungen Menschen: Die Klimakrise sei allgegenwärtig. Dann kam die Corona-Pandemie. Und jetzt der Ukraine-Krieg, der bei den aktuellen Zahlen des Bundes zwar noch keine Rolle spielt, aber künftige Jahrgänge prägen könnte.

Wenn es zu einer Lehrvertragsauflösung kommt, ist es laut



Zwei Malerinnen an der Berufsmesse Zürich. Mehr als ein Drittel in diesem Beruf sind von einer Lehrvertragsauflösung betroffen. Foto: Keystone

Mettler fast immer ein Mix aus Gründen. Der Beginn einer Ausbildung nach der Schule sei generell ein Umbruch im Leben. Und das Wesen Jugendlicher, der Generation Z, habe sich gewandelt. Die nach 1997 geborenen Jahrgänge wollen laut Mettler immer häufiger einen sinnstiftenden Beruf. «Sie wollen nicht einfach eine billige Arbeitskraft sein.»

Auch bei Tabea Müller waren es mehrere Gründe, die zur Auflösung führten. Nach einem guten ersten Lehrjahr kam sie in eine neue Filiale der Post. Da waren die Kolleginnen und Kollegen älter. «Ich fühlte mich da nicht mehr so zu Hause.» Hinzu kam der branchenspezifische Schulstoff zur Post, der ihr nicht besonders behagte. Darüber hinaus setzte eine langwierige Operation Tabea Müller mehrere

Monate ausser Gefecht. Irgendwann kam sie aus dem Strudel nicht mehr heraus.

Falsche Vorstellungen

Die hohen Quoten setzen allerdings nicht nur den Lehrlingen zu, sondern treffen auch die Verantwortlichen der Berufsverbände. Reto Hehli zum Beispiel. Der Leiter Berufsbildung des Verbands Carrosserie Suisse sagt: «Diese Zahlen tun mir weh.» Bei den Karosserielackierern sind gemäss den neusten Zahlen mehr als 42,9 Prozent aller Lehrlinge, die 2017 ihre Ausbildung begonnen haben, von einer Lehrvertragsauflösung betroffen.

Die Gründe seien vielfältig, sagt Hehli. Oft existierten falsche Vorstellungen. «Viele Lernende sind erstaunt, wenn sie mehrheitlich den ganzen Tag stehen und

allenfalls schwere Türen oder Motorhauben anheben müssen», sagt er. Auch Allergien auf Staub oder Lösungsmittel spielten eine Rolle. «Dies merken die Lernenden leider erst nach einiger Zeit.»

Mario Freda sieht in den Zahlen «den Trend der letzten Jahre» bestätigt. Der Zentralpräsident des Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmerverbands SMGV sagt: «Leider gehört Gipser-Trockenbauer nicht zu den ersten Wunschberufen der jungen Leute, obwohl er viel bietet.» Man habe festgestellt, dass die Lehrverträge im Gipsergewerbe oft sehr spät abgeschlossen würden. «Das führt dann vielfach leider dazu, dass die Ausbildungsbetriebe wegen des Zeitdrucks die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber nicht mit der nötigen Sorgfalt prüfen können.»

Die kantonalen Behörden zeichnen die gesamten Karrieren der Lehrlinge akribisch auf. Jede Vertragsauflösung wird erfasst. Zu den häufigsten Gründen gehören eine falsche Berufs- oder Lehrstellenwahl, die Gesundheit, die Leistungen der Lehrlinge sowie die Kategorie «Pflichtverletzungen, Konflikte und privates Umfeld». Deutlich seltener sind wirtschaftliche Gründe wie Konkurse des Lehrbetriebs.

Fachkräftemangel betroffen

Bei Männern sind die Auflösungsquoten zudem deutlich höher als bei Frauen – wobei es bei Letzteren seit 2018 zu einem stetigen Anstieg gekommen ist.

So oder so steht für die Berufsverbände mit hohen Auflösungsquoten ausser Frage, dass sich etwas ändern muss. Hehli vom Karosserieverband sagt: «Lehrvertragsauflösungen haben direkte Auswirkungen auf den Fachkräftemangel, und dem müssen wir entgegenwirken.» Sein Verband will daher ab 2023 ein neues Label namens «Green Car Repair» unter dem Motto «Reparieren statt ersetzen» schaffen. Damit will der Verband einerseits «die Verantwortung gegenüber der Umwelt wahrnehmen», andererseits aber auch vermehrt die junge Generation ansprechen.

Auch in der Elektrobranche sollen Berufsbilder revidiert werden. Diese überarbeitet derzeit die Grundbildungen Montage-Elektriker, Elektroinstallateurin und Elektroplanerin. Durch eine Schärfung des Anforderungsprofils solle mehr Klarheit geschaffen werden für potenzielle Lernende und Eltern, sagt Laura Kopp vom Branchenverband EIT.

swiss. Die Idee dahinter: Wenn die Lernenden wissen, was sie erwartet, sinkt auch die Quote der Lehrvertragsauflösungen.

Einige Berufsverbände setzen zudem auf das Zertifizierungssystem Top-Ausbildungsbetrieb, das vom Karosserieverband gegründet wurde – mittlerweile aber für alle Branchen offen ist. Damit sollen «Unternehmen gefördert werden, die sich besonders intensiv bei der Ausbildung von jungen Menschen engagieren». Der SMGV hat zudem bei der interkantonalen Gipser-Berufsschule die Möglichkeit von Frühinterventionen geschaffen, um Probleme zwischen Lernenden und Lehrbetrieben rechtzeitig zu erkennen.

«Es muss etwas passieren»

Dass solche Mittel tauglich sind, beweist die Gastro- und Hotelleriebranche, die zuletzt viel in Nachwuchsmarketing gesteckt hat, wie es beim Verband Gastro Suisse heisst. So gehören Restaurationsangestellte und Hotelfachangestellte zu jenen zehn Berufen, bei denen es seit 2016 gelungen ist, die Quote der Lehrvertragsauflösung deutlich zu senken.

Dass die Berufsverbände reagieren, ist das eine. Für Mettler von Pro Juventute reicht das aber nicht aus: «Es muss etwas passieren.» Wenn es den Jungen besser gehe, werde es auch weniger Lehrvertragsauflösungen geben. Pro Juventute hat deshalb gemeinsam mit allen Schweizer Jungparteien auf die erhöhte psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht. In der Pflicht sind die Kantone, die für Prävention zuständig sind. Das Ziel: koordinierte Vorstösse in kantonalen Parlamenten, um die Soforthilfe für Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche zu erhöhen.

Die Kurve gekriegt hat schliesslich auch Tabea Müller. Nach dem Abbruch der Lehre bei der Post machte sie eine Therapie und jobbte vorübergehend in einer Handy-Reparaturwerkstätte, die allerdings bald in Konkurs ging.

Dann landete sie bei Job Cadie, einem Mentoringprogramm der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft unter anderem für Jugendliche mit Schwierigkeiten in der Lehre. «Ich hatte eine super Mentorin», sagt Müller.

Die junge Frau schöpfte neues Selbstvertrauen, begann sich wieder zu bewerben, wurde zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. Da war die frühere Lehrvertragsauflösung zwar ab und zu noch ein Thema – «aber nie wertend», wie Tabea Müller sagt.

Schliesslich fand sie eine neue Lehrstelle als Hotel-Kommunikationsfachfrau in Graubünden. Die Ausbildung deckt eine breite Palette ab: die Réception, den Service und auch die Küche. Angefangen hat sie im Sommer 2022. Und die Schule, die ihr früher Probleme bereitet hat, findet sie jetzt «megaspännend. Ich konnte viel mitnehmen aus meinem ersten Lehrjahr bei der Post.»

Mehr als jeder fünfte Lernende von Vertragsauflösung betroffen

Anteil der Lernenden mit Lehrbeginn 2017, deren Lehrvertrag in den letzten vier Jahren aufgelöst wurde.

Beruf	Anzahl Lehrlinge	Betroffene Lehrlinge	Auflösungsquote
Alle Berufe	52'793	11'810	22,4%
Kaufmann/-frau EFZ E	7896	1037	13,1%
Fachmann/-frau Gesundheit EFZ	3669	635	17,3%
Detailhandelsfachmann/-frau EFZ	3400	946	27,8%
Fachmann/-frau Betreuung EFZ	2523	440	17,4%
Elektroinstallateur/in EFZ	1483	502	33,9%
Informatiker/in EFZ	1328	265	20,0%
Zeichner/in EFZ	1294	243	18,8%
Logistiker/in EFZ	1223	217	17,7%
Koch/Köchin EFZ	1217	409	33,6%
Polymechaniker/in EFZ	1193	192	16,1%

EFZ: Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis

Grafik: cos, mrue / Quelle: Bundesamt für Statistik

Meinungen

Kommentar

Die Rekordzahlen sind ein Warnschuss

Die Schweiz verzeichnet einen Höchststand bei den Lehrvertragsauflösungen. Das Problem bei der Generation Z zu suchen, greift zu kurz.

Das viel gelobte Schweizer Bildungswesen hat ein Problem: Noch nie haben so viele Lehrlinge ihren Lehrvertrag vorzeitig aufgelöst wie heute. Fast 12'000 Auszubildende sind betroffen, das ist nahezu jeder Vierte. Das zeigen neue Zahlen des Bundesamts für Statistik.

Klar, die meisten finden nach einer ersten Vertragsauflösung eine neue Ausbildungsstelle. Trotzdem ist diese Quote viel zu hoch – sie ist eine unnötige Belastung für die jungen

Menschen, die am Anfang ihrer Berufskarriere stehen. Und für die Lehrmeisterinnen und Lehrmeister, die sich in der Ausbildung junger Leute engagieren, bedeutet es einen Zusatzaufwand, wenn sie stets neu rekrutieren müssen.

Die Schuld an den Rekordzahlen nun einseitig den Betrieben zuzuschreiben, greift allerdings zu kurz. Natürlich, in gewissen Branchen hat man es sicher verpasst, die Berufsbilder an die moderne Wirtschaftswelt

Die Wirtschaft hat keine Alternativen: Anderes Personal gibt es nicht.

und die Bedürfnisse der Jungen anzupassen. Aber mittlerweile haben einzelne Berufsverbände erkannt, was es geschlagen hat: So gibt es zum Beispiel bald ein neues grünes Label für Karosserieberufe – es soll den Ansatz «Reparieren statt ersetzen» fördern und so die junge Generation ansprechen.

Bloss mit dem Finger auf die jungen Menschen zu zeigen, führt aber auch nicht weiter. Es mag tatsächlich sein, dass es

der Generation Z zuweilen an Biss und Ehrgeiz fehlt. Aber damit muss die Wirtschaft klarkommen. Sie hat keine andere Möglichkeit: Anderes Personal gibt es nicht.

Was sicher nicht hilft, sind grosse Worte. Bereits 2019 waren die Lehrvertragsauflösungen ein Thema im Bundesrat. Damals rühmte sich die Landesregierung, man habe ein Case-Management Berufsbildung. Gewirkt hat diese Massnahme aber

offensichtlich kaum, sonst hätten wir jetzt nicht Rekordzahlen. Die hohen Zahlen sind ein Warnschuss. Noch hat die Schweiz eine der tiefsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten in Europa. Damit das auch so bleibt, müssten jetzt alle Beteiligten zusammenarbeiten.



Dominik Balmer

Gastbeitrag

Freiheit – auch für ältere Menschen

Betagte sollen das Lebens- und Wohnmodell wählen, das ihnen behagt.

Ueli Schwarzmann

Bei einem Besuch im neuesten Gesundheitszentrum für das Alter der Stadt Zürich ergab sich ein Gespräch mit einem Ehepaar. «Wir haben uns für diese Lösung entschieden, weil es einfach nicht mehr ging zu Hause. Alles wurde mühevoll, und wir fühlten uns nicht mehr sicher.» Die Frau erzählte, dass sie eine fragile Gesundheit habe, und ihr Mann brauche vermehrt Hilfe. «Die Unterstützung durch die Spitex und der häufige Wechsel der Mitarbeiterinnen waren nicht befriedigend.»

Der Politik geht es häufig nur darum, Kosten zu sparen.

Wie erleben sie die neue Lösung? «Hier fühlen wir uns geborgen und doch frei», sagte der Mann. «Wir können die Dienstleistungen auswählen, die wir brauchen. Jetzt mache ich noch den Zmorge und den Znacht, gehe ins Fitness. Später brauchen wir wohl eine Rundumversorgung», sagt die Frau.

Untersuchungen des Zentrums für Gerontologie der Universität Zürich in verschiedenen Heimen bestätigen: Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner schätzen die Freiheit und Sicherheit und äussern eine hohe Zufriedenheit. Dass man sich in die schützende Obhut einer Institution begibt, kann entlastend wirken.

Gesellschaft und Politik sehen das anders. Leben in der eigenen Wohnung bis zum Tod, so lautet die Devise. Dazu braucht es einen Ausbau der Spitex. Einverstanden. Allerdings: Der Politik geht es häufig nicht um die viel beschworene Würde im Alter, sondern darum, Kosten zu sparen. Das könnte sich als Illusion herausstellen.

Wenn es die Politik ernst meint, müsste sie beispiels-

weise bereit sein, die Care-Arbeit der Angehörigen zu bezahlen, damit diese bei der Berufsarbeit kürzertreten können. Neben pflegerischen und hauswirtschaftlichen Leistungen erfordert eine solche Lösung umfassende soziale Dienstleistungen. Das alles kostet.

Wenn man sich mit Spitex-Mitarbeiterinnen austauscht, erfährt man, dass viele ihrer alten Patientinnen in der Wohnung einsam und isoliert leben. «Ich bin häufig der einzige Kontakt, den diese Menschen noch haben. Aber ich verfüge nicht über genügend Zeit, um mich auszutauschen», erzählt eine dieser Mitarbeiterinnen. Angehörige, die ihre Eltern oder ihren Partner zu Hause betreuen, können überfordert werden.

Die Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter berichtet von Gewalt im häuslichen Bereich. Es sind häufig nicht böse Menschen, denen das passiert. Sie sind überfordert und rasten aus. Ausserdem erzählen Angehörige von alten Menschen, dass sie sich schuldig fühlen, wenn sie ihre Mütter und Väter zu einem Heimeintritt motivieren. Es bestehen viele Vorurteile gegenüber Heimen. «Das käme bei mir nie infrage», so hören wir von 50-Jährigen.

Sie realisieren nicht, dass die Lebenssituation eines 85-jährigen Menschen ganz anders aussieht. Deswegen sollten die Lebensumstände dieser alten und so unterschiedlichen Menschen im Zentrum stehen. Sie sollen mit ihren Angehörigen das Lebens- und Wohnmodell wählen, das ihnen behagt. Vielfalt ist gefragt. Und nicht, was ihnen Gesellschaft und Politik vorschreiben. Freiheit ist zentral. Für alle Menschen – auch für alte.

Ueli Schwarzmann war in leitender Funktion im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich tätig. Von 1995 bis 2011 war er Direktor der Alterszentren der Stadt Zürich.



Prämienvergünstigungen mildern nur die Symptome – noch wichtiger wäre es, die Gesundheitskosten nachhaltig zu senken. Foto: Keystone

Man lässt den Mittelstand im Stich

Der Ständerat weigert sich, über Massnahmen gegen die Prämienlast zu diskutieren. So wird das Volk irgendwann zu radikalen Lösungen bereit sein.

Fabian Renz

Wenn ein Stände- oder ein Nationalrat etwas für richtig doof und überflüssig hält, für eine Zeitverschwendung geradezu: Dann kann er das auf besondere Weise zeigen. Er stimmt in diesem Fall für «Nichteintreten». Es ist die härteste Form der Ablehnung im Schweizer Parlamentsbetrieb. Man sagt dann nicht bloss Nein zu einem missliebigen Gesetz. Sondern man weigert sich, die Gesetzesartikel überhaupt zu diskutieren und allenfalls zu verbessern.

Gestern votierten die Ständerätinnen und -räte für «Nichteintreten», als es darum ging, den Menschen gegen die wachsende Prämienlast zu helfen. Formell traktandiert war eine Volksinitiative der SP («Maximal 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien»). Zur Debatte stand aber vor allem ein möglicher Gegenvorschlag des Parla-

ments. Der Nationalrat möchte die Prämienverbilligung für den unteren Mittelstand mit zwei Milliarden Steuerfranken ausbauen. Der Bundesrat ist für eine günstigere Variante. Der Ständerat ist für: gar nichts. Er hat einfach alle Vorschläge vom Tisch gewischt. Die Prämienverbilligung sei Sache der Kantone, argumentierte Mitte-Vertreter Benedikt Würth, der den Nichteintretensantrag einbrachte. Die Kantone nähmen ihre Verantwortung wahr, das System sei nicht «revisionsbedürftig».

Würth, von Beruf Konsulent in einer renommierten St. Galler Anwaltskanzlei, erhält allein für sein Teilzeitmandat als Ständerat rund 150'000 Franken im Jahr. Ihm persönlich gibt das geltende Kopfprämien-system wohl tatsächlich wenig Anlass zur Klage. Er wird auch den Prämienanstieg von gegen 7 Prozent im nächsten Jahr gut stemmen können, desgleichen die galoppierende Teuerung. Doch scheint ihm das Bewusst-

sein dafür zu fehlen, dass sich nur wenige einer so privilegierten Situation erfreuen.

Der Nationalrat hat sich eine sehr kostspielige Vorlage ausgedacht.

Tatsache ist: Die Kantone nehmen, anders als von Würth behauptet, ihre Verantwortung eben nicht wahr. Viele haben bei der Prämienverbilligung in den letzten Jahren gespart. Und jetzt reagieren sie nur zögerlich oder gar nicht auf den «Prämienchock». Die Krankenkasse schlägt für einen durchschnittlichen Haushalt schon heute mit 14 Prozent des Einkommens zu Buche, vereinzelt sogar mit über 20 Prozent.

Natürlich ist die Prämienverbilligung eine problematische Medizin. Sie kuriert nicht das

eigentliche Malaise, sondern mildert nur die Symptome für bestimmte Personengruppen. Mindestens so wichtig wäre es, endlich die Gesundheitskosten nachhaltig zu senken.

Wahr ist auch, dass sich der Nationalrat zur Prämienverbilligung eine sehr kostspielige Vorlage ausgedacht hat. Um die Bundesfinanzen steht es nicht zum Besten. Ob es da die vom Nationalrat geladene Milliarden-spritze verträgt, ist fraglich. Über etwas günstigere Optionen zu diskutieren, wäre für den Ständerat, der sich als «Chambre de Réflexion» gefällt, eine lohnende Aufgabe gewesen.

Aber eben: Dazu müsste er zur Diskussion erst einmal bereit sein. Indem er sie verweigert, hilft er letztlich der SP und ihrer Volksinitiative. Staatspolitische Belehrungen, dass die Prämienverbilligung «Sache der Kantone» sei, werden beim Volk nicht ziehen.